

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	62
		TOP:	7
	Verhandlung	Drucksache:	196/2019
		GZ:	SI/JB
Sitzungstermin:	01.07.2019		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Frau Kappallo / pö		
Betreff:	Stadtteilhäuser - Konzeption und Förderung		

Vorgang: Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 01.07.2019, öffentlich, Nr. 93
 Ergebnis: Kenntnisnahme

Beratungsunterlage ist die gemeinsame Mitteilungsvorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration und des Referats Jugend und Bildung vom 18.06.2019, GRDs 196/2019.

Bezogen auf die Vorlage unterrichtet die Vorsitzende zu den bisherigen Angeboten. In diesem Bereich werde auf die sich wandelnde Gesellschaft mit Treffpunkten für alle Einwohnerinnen und Einwohner im Quartier reagiert.

StR Dr. Nopper (CDU) äußert, er stehe den Entwicklungen unter Vermeidung von Doppelstrukturen positiv gegenüber. Herr Schulze-Gronemeyer stellt eine Frage nach der Begrifflichkeit der Stadtteilhäuser. Er meint, es sei wichtig, die bisherigen Begegnungsstätten weiterzuentwickeln. Der Ansatz werde von den freien Trägern unterstützt. Bezogen auf die Anlage 7 der Vorlage bemerkt er, die Angebote der Stadtteilhäuser und der "Begegnungsstätte Plus Stadtteil- und Familienzentrum Plus" seien annähernd deckungsgleich. Eine weitere Frage richtet sich nach den neuen Standorten der Stadtteilhäuser.

Herr Käpplinger begrüßt die Weiterentwicklung der Begegnungsstätten durch die Sozialplanung und die Jugendhilfeplanung und die damit zusammenhängenden Handlungs-

felder. Er stellt eine Frage nach der räumlichen Unterbringung der Angebote innerhalb der geplanten Stadtteilhäuser. Weiter fragt er nach der Übernahme der vielfältigen Angebote durch ausschließlich einen Träger. Zu den Stadtteilhäusern informiert er sich, ob sämtliche Bevölkerungsschichten das Angebot in Anspruch nehmen könnten.

Im weiteren Verlauf betont Herr Biermann, er wünsche sich eine "Landkarte", vergleichbar der der Stadtteil- und Familienzentren, wo sämtliche Angebote, wie auch die Generationenhäuser, sichtbar seien. Die Übersicht sollte pro Quartier erstellt werden. Ihn interessiert, wie viele Personen mit den Angeboten erreicht werden. Stadtteilbezogen sollte die Betrachtung auf die Zentren vorgenommen und ausgewertet werden. Zu den unterschiedlichen Modulen stellt er fest, so Herr Biermann, dass die aufsuchende Arbeit kein Basismodul darstelle. Im Rahmen der Zunahme der Vereinsamung sehe er die Situation kritisch und wünsche sich diese Kernaufgabe berücksichtigt.

StRin Ripsam (CDU) äußert sich positiv zur Vorlage und begrüßt dabei den stadtteilbezogenen Blick. Für jeden Stadtteil müsse individuell betrachtet werden, welche Angebote erforderlich seien. Klare Begrifflichkeiten, wie die Abgrenzung von Stadtbezirk gegenüber Stadtteil, seien für die weitere Entwicklung der Stadtteilhäuser erforderlich, betont StRin von Stein (FW). StR Lazaridis (90/GRÜNE) rät zu einem "Quartiersdenken", bezogen auf die bestehenden Strukturen, damit bedarfsgerecht vorgegangen werde und die Menschen im Quartier erreicht werden.

Die Zusammenführung der Strukturen im Quartier begrüßt StRin Vowinkel (SPD). Die Begrifflichkeit "Stadtteilhaus" sei für sie nicht sprechend genug - die Treffpunkte für alle Einwohnerinnen und Einwohner im Quartier kommen nicht klar genug zum Ausdruck. Ohne die aufsuchende Gemeinwesenarbeit in Kombination mit einem Stadtteilhaus könne das Konzept schwerlich gelingen. Sie regt an, die Entwicklung wissenschaftlich begleiten und evaluieren zu lassen.

Die Überlegungen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses werden von der Fachverwaltung aufgegriffen, betont die Vorsitzende. Mit einem Stadtteilhaus, das sich an einen begrenzten Bereich richte, werde sich an den veränderten Bedarfen orientiert. Man wolle den gestellten Ansprüchen gerecht werden.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von der GRDRs 196/2019 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
Sozialamt (5)
Referat JB
zur Weiterbehandlung
Jugendamt (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 4. GPR (2)
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. SchUB
 9. AfD
 10. LKR